

Greifenhagener Kreis-Zeitung

Amfliches Kreisblatt für den Kreis Greifenhagen

Nr. 59.

Donnerstag, den 22. Mai 1919.

75. Jahrg.

Amflicher Teil.

Bekanntmachung. Der Verein „Rückwandererhilfe“ in Berlin hat an mich das Ersuchen gerichtet, ihm im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten namhaft zu machen, die für die Provinz Pommern die Verwaltungs- und Werbearbeit für die Rückwandererhilfe übernehmen würden, vor allem solche, die bereits besonderes Interesse für das Auslanddeutschum an den Tag gelegt oder selbst im Ausland gewirkt haben.

Ich bitte mir mitzuteilen, ob dort Herren oder Damen bekannt sind, die sich zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit für die Rückwandererhilfe bereit finden würden.

Da die Sammlung der Rückwandererhilfe schon am 1. Juni einsetzen soll, so bitte ich um möglichst baldige Antwort.

Stettin, den 11. Mai 1919.

Der Landeshauptmann der Provinz Pommern.

gez. Sarnow.

An die Herren Landräte der Provinz Pommern pp.

Veröffentlicht.

Persönlichkeiten, die bereit sind, eine ehrenamtliche Tätigkeit für die Rückwandererhilfe zu übernehmen, bitte ich, mir umgehend eine entsprechende Mitteilung zu machen.

Greifenhagen, den 17. Mai 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. S. A. Schreen.

Bekanntmachung. Der Ortsbehörden wird ein Flugblatt: „Der Betrug an Deutschland. Verheißungen und Erfüllungen“ zugehen. Ich ersuche dasselbe öffentlich anzuschlagen.

Greifenhagen, den 19. Mai 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. S. A. Albrecht.

Bekanntmachung. Unter Bezugnahme auf meine Kreisblattsbekanntmachung vom 16. Mai ds. Js. — Kreisblatt Nr. 51 — weise ich darauf hin, daß auch die zu den Vieh-Feststellungs-Kommissionen zugezogenen Mitglieder des Arbeiterrats bzw. Bauern- und Landarbeiterrats berechtigt sind, die Gehöfte zu betreten.

Die Viehbesitzer sind mithin verpflichtet, auch den Mitgliedern der Arbeiterräte pp. jederzeit den Zutritt zu ihren Gehöften und Ställen zu gestatten.

Die Ortsbehörden ersuche ich dies sofort in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Greifenhagen, den 19. Mai 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. S. A. Albrecht.

Bekanntmachung betr. Teilnahme der Arbeiterräte und der Bauern- und Landarbeiterräte an den Revisionen der Vorräte an Getreide, Kartoffeln und Heu und Stroh.

Die (politischen) Arbeiter- und Bauernräte sowie die (wirtschaftlichen) Bauern- und Landarbeiterräte des Kreises haben das Recht, an den Revisionen (Nachschau) der Vorräte an Getreide, Kartoffeln und Heu und Stroh, wie sie demnächst im Kreise stat. finden, teilzunehmen. Die Landwirte dürfen ihnen den Zutritt zu ihren Gehöften und Räumen, in welchen Getreide, Kartoffeln und Heu und Stroh lagern, nicht verweigern.

Die Ortsbehörden ersuche ich, dies sofort ortsüblich bekannt zu machen.

Greifenhagen, den 20. Mai 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. S. A. Albrecht.

Bekanntmachung

betreffend Butterversorgung der Ziegenhalter.

Die zur Zeit herrschende große Butternot zwingt die Kreisverwaltung, bei denjenigen Haushaltungen, in denen Milchziegen gehalten werden, eine Kürzung in der Butterversorgung eintreten zu lassen.

Es wird deshalb hiermit angeordnet, daß denjenigen Haushaltungen, in denen Milchziegen gehalten werden, für jede vorhandene Milchziege 1 Butterkarte für die Zeit, in welcher die Ziege Milch gibt, entzogen wird. Diese Maßnahme ist erforderlich, um die Ausgabe der jetzigen Butterration von 50 g aufrecht zu erhalten.

Ich ersuche die Ortsbehörden, Vorstehendes umgehend ortsüblich bekannt zu machen und hiernach die Butterkarten der in Frage kommenden Haushaltungen einzuziehen, auch bis zum 10. Juni ds. Js. zu berichten, welche Buttermenge durch vorstehende Maßnahme für die Verteilung an die versorgungsberechtigten Bevölkerung pro Woche frei geworden ist.

Greifenhagen, den 21. Mai 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. S. A. Albrecht.

4% Pommersche Kommunalanleihe.

(Anleihe des Kommunalen Giroverbandes Pommern) unter Haftung von 70 Pommerschen Städten und Kreisen. Zeichnungen auf obige Anleihe zum Kurse von 93,10% werden von uns spesenfrei entgegengenommen.

Zeichnungsschluß am 24. Mai ds. Js.

Kreisparlatte Greifenhagen.

Bekanntmachung. In den nächsten Tagen wird durch unseren Vollziehungsbeamten die Einziehung der Landwirtschaftskammerbeiträge für das Rechnungsjahr 1919 erfolgen. Der Beitrag wird nach dem Grundsteuerreinertrag erhoben. Es entfallen auf jeden Taler Grundsteuerreinertrag 6 Pfg. als Beitrag. Beitragspflichtig sind die Eigentümer land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke, deren Besitzum zu einem Grundsteuerreinertrag von mindestens 20 Talern veranlagt ist, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffenden Flächen, von dem Eigentümer selbst bewirtschaftet oder ganz oder teilweise verpachtet sind.

Greifenhagen, den 19. Mai 1919.

Der Magistrat. Quandt.

Der Arbeiterrat. S. A. Hügelow.

Nichtamtlicher Teil.

Die Zerstückelung Deutschlands.

Paris, 20. Mai. Der „Temps“ entwickelte im heutigen Abend-Artikel die Politik, die nach seiner Ansicht zu verfolgen wäre, wenn Deutschland die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigere. Militärische Maßnahmen allein genügen nicht; man müsse mit einem festumrissenen politischen Programm zur Lösung der Friedensfrage schreiten. Nach seiner Ansicht könne man sich die erforderlichen Garantien bei den deutschen Einzelstaaten mit Ausnahme von Preußen suchen. Es wäre nach seiner Ansicht leicht, mit Bayern, Sachsen, Hamburg, und Bremen Verträge abzuschließen und innerhalb Preußens mit gewissen in sich wirtschaftlich geschlossenen Gebieten zu verhandeln. Auch mit Baden könne man über die Rheinfrage und das Schicksal von Rehl leicht sich einigen. Einzelnen Bezirken, die besonders entgegenkommend seien, könne man sogar wirtschaftliche Vorteile zusichern. Dies sei schon deshalb nötig, weil das deutsche Reich noch keine definitive Verfassung habe und weil die Kompetenzen der Einzelstaaten noch nicht einwandfrei festgelegt seien. Selbstverständlich gehöre zu einer derartigen Regelung Zeit und Geduld, und wenn dann schließlich das Reich zur Vernunft gekommen sei, stehe nichts im Wege, sich auch mit der deutschen Zentralregierung zu einigen, natürlich unter Wahrung der den Einzelstaaten zugestandenem Rechte und besonderen Vorteile.

Eine Neutrale Zone in Norddeutschland?

Paris, 19. Mai. Der „Temps“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Außer den Vorschriften, die über Schleswig bereits veröffentlicht worden sind, glauben wir zu wissen, daß der Vertrag noch die Schaffung einer neutralen Zone vorsieht, die sich von nördlich Flensburg bis südlich Hamburg und von Osten nach Westen in einer Linie erstreckt, die von Stettin bis westlich Hamburg reicht. In dieser ganzen Zone muß sich Deutschland ungefähr die gleichen Beschränkungen gefallen lassen, wie sie auf dem linken Rheinufer zu beobachten sind. Es darf weder Festungen errichten, noch Garnisonen halten. Aus dieser Klausel geht hervor, daß die Häfen Stettin und Hamburg beide in diese neutrale Zone einbezogen sind.

Zum Raube der deutschen Handelschiffe.

Paris, 20. Mai. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ erfährt: Die Vereinigten Staaten werden die in amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe mit 700000 Tonnen trotz Protestes Englands behalten. Die Vereinigten Staaten wollen die deutschen Schiffe nicht nach Maßgabe des versenkten Schiffsraums unter die Allerten erteilen lassen, da sonst England den Löwenanteil hätte.

Korea beruft sich auf Wilson.

Paris, 20. Mai. Der Vorsitzende der Friedenskommission hat nach dem „Straits Times“ ein förmliches Gesuch erhalten, den Vertrag von 22. August 1910 durch den Japan Korea annerkennend hatte, für null und nichtig zu erklären. Die koreanische Forderung stützt sich auf Grundzüge Wilsons.

Das französische Spiel.

Zwei Tage vor dem Ablauf der Frist, die für Einwände vorgesehen war, ist die Lage um keinen Schritt geklärt als am 7. Mai. Die französische Presse, die den Wortlaut des Vertrages noch immer nicht kennt, hat bis auf wenige Ausnahmen in diesen 14 Tagen nichts geschrieben, was sich ernstlich mit der Möglichkeit der

Ausführung der Bestimmungen befaßt. Eine sachliche Diskussion, die auf englischer und amerikanischer Seite wenn auch schüchtern, eingesetzt hat, ist in den Spalten der französischen Presse nicht zu finden gewesen, wenn man von sozialistischen Blättern absteht. Noch heute, nachdem über die entschlossene Meinung Deutschlands kaum ein Zweifel möglich ist, schreibt die „Liberte“ — und die anderen Abendblätter haben den gleichen Gesichtspunkt —, daß die Rückkehr des Grafen Kargau und der Minister Giesörts und Landsberg bedeute, daß die Nichtunterzeichner unterlegen seien und daß Deutschland unterzeichnen werde. Dabei war aus den ganzen aufgeregten Kommentaren der französischen Presse zu der Reise Kargaus nach Spa deutlich die Furcht vor dem Abreißen der deutschen Gebuld zu entnehmen. Wozu wäre es nötig, soviel Nervosität zu zeigen, wenn das Exempel so einfach wäre: entweder Deutschland unterzeichnet, oder Foch, der eben vom Rhein gekommen ist, Bericht zu geben, marschiert. Es ist möglich, daß Foch marschiert, aber mit ihm marschiert auch das Unglück Frankreichs. Das weiß man, deshalb die Darstellung von dem zur Unterzeichnung bereiten deutschen Volk. Man fühlt, daß man diesen Vertrag nur mit einem Spielereckstück einheimen kann und wird vielleicht den Coup versuchen. Aber danach?

Nach einmal: Unannehmbar.

Paris, 20. Mai. Nach den am Sonntag in Spa geführten Besprechungen zwischen den Reichsministern Dr. Dernburg, Graf Kargau und Wiffel, dem preussischen Finanzminister Dr. Südekum und den aus Paris und Berlin eingetroffenen Wirtschafts- und Finanzsachverständigen wurde vollkommene Übereinstimmung dahin festgestellt, daß der Friedensentwurf der Entente in der vorgelegten Form unannehmbar ist. Bei dem in der gesamten Welt herrschenden Wunsch nach Herbeiführung eines dauernden Friedens soll jedoch von deutscher Seite nichts unversucht gelassen werden, eine brauchbare Basis für einen Frieden zu finden, der den berechtigten Forderungen der Gegner Rechnung trägt und für das deutsche Volk erträglich und ausführbar ist.

Gegen die Kommunisten-Methode.

In einem von der Deutschen Erneuerungsgemeinde in Leipzig herausgegebenen Flugblatt heißt es u. a.: „Kein Jahr lang kann die Kommunisten-Methode bestehen, dann werden die Felber brachliegen und die Fabriken leerstehen, dann wird, wie es jetzt schon in Rußland der Fall ist, das ganze Wirtschaftsleben erstarren.“ Wo die Wirklichkeiten des freien Auswirkens und die Schaffung selbstgenerer Arbeitsfelder für den Einzelnen fehlen, wo alle Menschen gleichgemacht werden, da hört alles Streben und Vorwärtsdrängen auf und ein Stillstand der gesamten Kultur ist die Folge.

Wer einen Anhänger des Kommunismus trifft, der hat die Pflicht, ihn aufzuklären. Die Erfahrung lehrt, daß es nicht so schwer ist, sonst vernünftige, sachliche Männer von ihrem Wahn zu heilen.

Versucht nicht, die Triebfeder des Uhrwerks der Volkswirtschaft, den Eigetrieb, durch eine andere zu ersetzen, solange ihr keine straffere, besser treibende gefunden habt.

Es wird ein furchtbarer Fehlschlag werden, der die allgemeine Not ins Unerträgliche steigert.

Die Deutschnationale Fraktion

in der Preussischen Landesversammlung hat einen Aufruf an die landwirtschaftliche Bevölkerung beschlossen, in dem es u. a. heißt:

Dieser Frieden würde uns auch nicht Erleichterung unserer Ernährung bringen, weil er uns der besten landwirtschaftlichen Provinzen und der für die Volkswirtschaft unentbehrlichen Rohstoffe berauben würde. Nur wenige Monate trennen uns von der neuen Ernte. Wir können für diese Zeit die Ernährung selbst sichern, wenn Opferwilligkeit der landwirtschaftlichen Kreise das Neueste hergibt, wenn zugleich alle Volksgenossen entschlossen zusammenstehen und das Gebot der Stunde anerkennen: die Pflicht zur Arbeit. Wir können also diesen Frieden ablehnen, und wir müssen es tun, weil ein Frieden auf der Grundlage dieser Bedingungen nicht nur unsere Verdichtung für alle Zeit bedeuten würde, sondern mehr als das: den Verlust unserer Ehre. Wir richten deshalb an alle Kreise der Landwirtschaft die dringende und herzliche Bitte: 1. Schränkt Euren eigenen Lebensbedarf noch mehr, als bisher schon geschehen ist, aufs Neueste ein, 2. Gebt alle freierwerbenden Lebensmittel zu mäßigen Preisen an die Gemeinde ab, 3. Bestellt Eure Hecker restlos und so gut wie möglich, 4. Nehmt Stadtkinder bei Euch auf.

Die Diktatur einer kleinen Gruppe über das Proletariat.

Dimitri Sawronski, der bekannte russische Sozialrevolutionär und Verfasser des Buches „Die Bilanz des russischen Bolschewismus“, erklärt in einer Unterredung